

Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung: Warum mehr Teilhabe für weniger Hilfebedarf sorgt

Barrierefreiheit, Wohnen, Gesundheitsversorgung und die Sicherstellung von Frühförderung sind zentrale Themen im Jahresbericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung des Kreises Pinneberg. Antje Hardekopf macht mit ihrem kürzlich im Kreistag vorgestellten Bericht deutlich, dass Teilhabe ein Grundrecht für alle Menschen ist.

Trotz herausfordernder Rahmenbedingungen konnten im vergangenen Jahr konkrete Entwicklungen im Bereich Inklusion und Teilhabe angestoßen werden.

Dazu zählt beispielsweise Verbesserung im ÖPNV. Gemeinsam mit dem Behindertenbeauftragten und dem Seniorenbeirat in Uetersen sowie der Kreisverkehrsgesellschaft in Pinneberg (KViP) hat die Beauftragte für Menschen mit Behinderung konkrete Maßnahmen angestoßen. So ist bereits das Fahrpersonal darin geschult worden, sensibler für die Bedarfe von Menschen mit Behinderung zu werden. „Ich freue mich auf die Fortsetzung des Dialogs, um die Qualität und Nachhaltigkeit der Maßnahmen weiter zu sichern“, sagt Antje Hardekopf.

Ein besonderer Schwerpunkt des vergangenen Jahres lag im Themenkomplex Wohnen für Menschen mit Behinderung. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. In einer Zusammenfassung hat die Beauftragte für Menschen mit Behinderung daher Aktivitäten und Akteure beschrieben sowie Handlungsvorschläge formuliert. „Das Thema Wohnen ist ein übergeordnetes Thema mit diversen Akteuren aus Kommunen, Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, Interessenvertretungen, Leistungserbringern, Kreisverwaltung, Beratungsstellen und weiteren Beteiligten. Die Herausforderungen – von fehlenden Grundstücken über gesetzliche Hürden bis hin zu Finanzierungsfragen – können nur gemeinsam und unter Einbeziehung aller relevanten Beteiligten bewältigt werden.“



Im Jahresbericht wird auch die dringend zu schließende Versorgungslücke in der ambulanten Frühförderung benannt. Fehlende Frühförderung trotz festgestellten Bedarfs kann dazu führen, dass später weitere Hilfen benötigt werden. Direkte Folge kann sein, dass Kinder auch längerfristig

nicht umfassend an der Gesellschaft teilhaben können und dass Teilhabebedarfen zum Beispiel erst in der Schule begegnet wird.

In ihrem Bericht macht Antje Hardekopf immer wieder deutlich, dass weniger Hilfeleistungen gebraucht werden, wenn jeder Mensch teilhaben kann und Barrierefreiheit von Anfang an mitgedacht wird. „Jeder Euro, der heute in Barrierefreiheit fließt, spart morgen mehrere Euro für nachträgliche Lösungen.“

Als Beauftragte für Menschen mit Behinderung formuliert sie konkrete Handlungsvorschläge, die sie aufgrund der herausfordernden Rahmenbedingungen staffelt in: Vorschläge mit und ohne direkte finanzielle und personelle Ressourcen und solche, die nichts kosten außer Haltung. Sie empfiehlt unter anderem die erneute Verankerung von Inklusion in den strategischen Zielen des Kreises und die Gründung eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderung.

„Erwachsene mit komplexen Unterstützungsbedarfen finden in der Regelversorgung häufig keine passende ärztliche Hilfe. Wenn wir es jetzt im Rahmen der Neuaufstellung der Gesundheitsversorgung im Kreis umsetzen, wo ohnehin neu gebaut wird, haben wir eine Gelegenheit, die so schnell nicht wiederkommt. Und wir können Gesundheitsgerechtigkeit im Sinne des Artikel 25 der UN-Behindertenrechtskonvention sicherstellen“, sagt Antje Hardekopf.

Medieninformation vom 30.06.2026